

Projektorganisation Bevölkerungsschutz verabschiedet

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz =
Protection civile, protection de la population, protection des biens
culturels = Protezione civile, protezione della popolazione,
protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **50 (2003)**

Heft 1

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369567>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ABSCHLUSSFEIER IN ITTINGEN

Projektorganisation Bevölkerungsschutz verabschiedet

BS. Regierungsrat Andreas Koellreuter BL konnte als Projektleiter Bevölkerungsschutz an der Abschlussfeier der Projektorganisation eine positive Projektbilanz ziehen. Das Erreichte sei ein von allen Beteiligten getragenes Produkt gemeinsamer Anstrengungen.

«Wir wissen alle, dass im föderalistisch aufgebauten Bevölkerungsschutz nicht nur 26, sondern noch viel mehr «Kantonsmeinungen» zu berücksichtigen sind. Und obendrauf kommt dann noch die Meinung von Bundesbern», sagte Andreas Koellreuter den an der Abschlussfeier anwesenden Mitgliedern der Projektorganisation im vergangenen Dezember. Im Projekt Bevölkerungsschutz sei es gelungen, diese Meinungen in gemeinsamer Arbeit zu einem für alle Beteiligten akzeptablen Resultat zusammenzuführen.

Ein ganz wesentlicher Teil der vergangenen Projektarbeit habe darin bestanden, ein Klima des Vertrauens unter allen Projektbeteiligten von Bund, Kantonen und Partnerorganisationen zu schaffen. «Die positive Grundstimmung, die sich im Verlauf des Projekts entwickelt und vertieft hat, bildete meines Erachtens einen der wichtigsten Erfolgsfaktoren für das Gelingen des alles in allem doch ambitionierten Projekts.»

Rückblick auf erfolgreiche Projektarbeit

In seinem Rückblick erinnerte der Projektleiter, die Vorlage zum Bevölkerungsschutz habe nicht nur die Hürde der Vernehmlassung bei den Kantonen und interessierten Parteien und Verbänden mit Erfolg genommen, sondern auch jene der parlamentarischen Beratung. Das neue Bundesgesetz wurde im

Ständerat einstimmig und im Nationalrat bei einigen Enthaltungen und einer Gegenstimme verabschiedet. Das Resultat sei nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ bemerkenswert. Er erwähnte die positiven Würdigungen der Parlamentarier.

Auch bei einer durchaus kritischen Beurteilung der Projektergebnisse dürfe man sehr zufrieden sein, meinte Andreas Koellreuter. Einige der noch nicht ganz erreichten Ziele könnten zudem in der Umsetzungsphase verwirklicht werden. «Ich glaube, wir alle können auf die geleistete Arbeit ein bisschen stolz sein.»

Die Mitglieder des Kernteams hätten das Projekt als Initiatoren, Moderatoren, Koordinatoren, Multiplikatoren und als eigentliche Motoren während fast vier Jahren stetig vorangetrieben, sagte Projektleiter Andreas Koellreuter. Er bedankte sich aber bei allen, die zum guten Gelingen mitgewirkt hätten. Mit der Thurgauer Kartause Ittingen habe man einen würdigen Rahmen gewählt, um die Projektorganisation zu verabschieden.

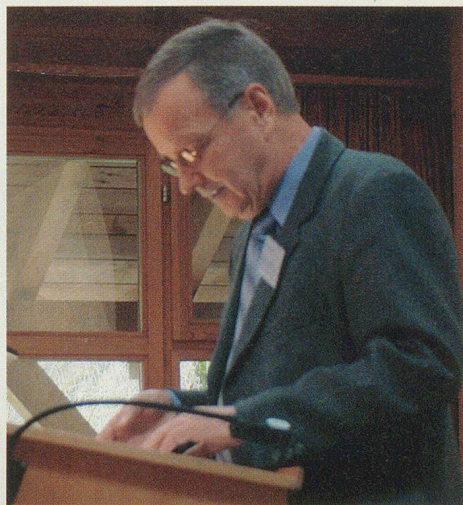
Einen speziellen Dank richtete Koellreuter an die Departementsleitung des VBS, insbe-

sondere an den Departementschef Samuel Schmid sowie an den anwesenden Generalsekretär Juan Gut, der sich als unermüdlicher «Promoter» des Bevölkerungsschutzes erwiesen habe.

Ausblick

Kurz vor der Abschlussfeier wurde bekannt, dass das Referendum gegen die Bevölkerungsschutzreform ergriffen worden war. Projektleiter Andreas Koellreuter meinte, vorerst gälte es abzuwarten, ob das Referendum zustande komme. «Ich bin allerdings überzeugt, dass die Bevölkerungsschutzreform auch diese Hürde nehmen würde.» Eine allfällige Abstimmung gäbe die Gelegenheit, «noch einmal auf die positiven und zukunftsweisenden Punkte der Reform hinzuweisen». Es gehe nun darum, hielt der Projektleiter fest, «planerisch möglichst optimale Voraussetzungen für den am 1. Januar 2004 vorgesehenen Startschuss des neuen Verbundsystems Bevölkerungsschutz vorzubereiten».

Dass auch der Bund sich seiner Aufgaben annehme, betonte Karl Widmer, Kernteam-Chef und Chef Konzeption und Koordination im neuen Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS), in Gegenwart von BABS-Direktor Willi Scholl. Eine zentrale Pendenz, die es anzugehen gälte, sei der Aufbau von Plattformen. Mit regelmässig durchgeführten Fachtagungen, Konferenzen usw. will der Bund gute Voraussetzungen für eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen den Partnerorganisationen und Kantonen schaffen. □



Niklaus Stähli, Mitglied des Kernteams und als Zivilschutz-Amtschef Kanton Thurgau Gastgeber in Ittingen.

Karl Widmer, Kernteam-Chef und Chef Konzeption und Koordination im BABS.



Projektleiter Andreas Koellreuter, Regierungsrat Basel-Landschaft.

Am 1. Oktober 2002 nahm Willi Scholl, geboren 1949 und Bürger von Diessbach bei Büren an der Aare, an der Berner Monbijoustrasse seine Arbeit für den künftigen Bevölkerungsschutz auf. Vom Bundesrat wurde Scholl auf Beginn dieses Jahres zum Direktor des neu geschaffenen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) ernannt, in welches bedeutende Teile des früheren Bundesamtes für Zivilschutz integriert worden sind. Willi Scholl war als Sekundarlehrer und Schulpflichter tätig und stand seit 1998 dem Amt für Kindergarten, Volks- und Mittelschule in der Erziehungsdirektion des Kantons Bern vor. Im Militär kommandiert er im Grad eines Obersten ein Infanterieregiment.

INTERVIEW: HANS JÜRGEN MÜNGER

Herr Scholl, vorerst nochmals herzliche Gratulation zu Ihrer Wahl!

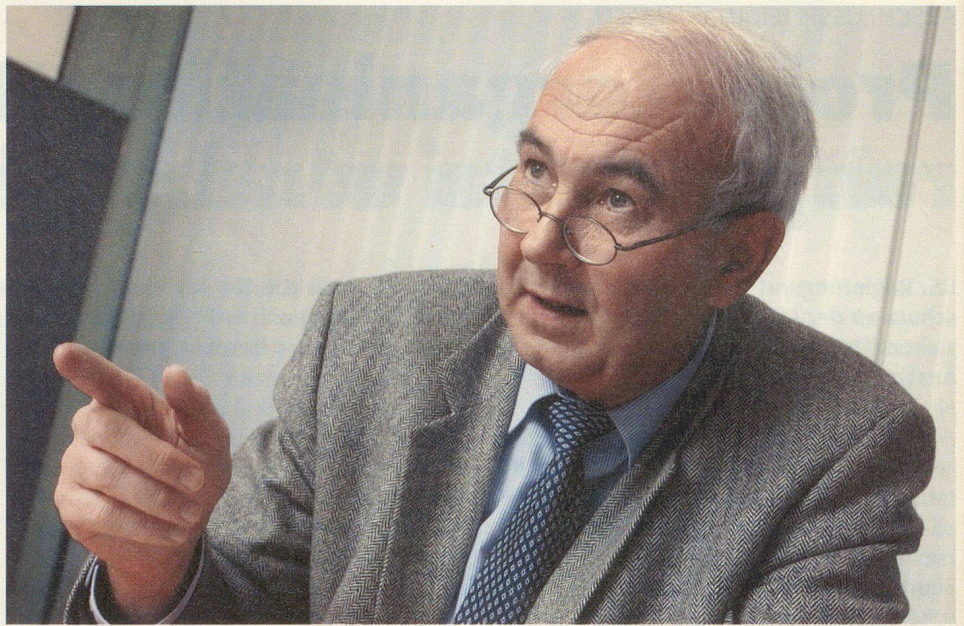
Besten Dank. Für mich hat sich die einmalige Chance ergeben, eine neue und spannende Herausforderung anzunehmen. Ich hatte nun einige Monate Zeit, mich einzuarbeiten, und habe dabei viele interessante, motivierte und kompetente Personen kennen gelernt.

Sie waren vorher in der Erziehungsdirektion des Kantons Bern tätig. Der Wechsel dürfte also ein ganz neues Umfeld mit sich gebracht haben.

Auch beim Kanton Bern habe ich ein grosses Amt geleitet. Dort konnte ich viel Führungserfahrung in der Verwaltung sammeln. Mit meinen 30 Jahren Dienst im Militär habe ich zudem einen starken Bezug zur Armee und zum VBS und generell zur Sicherheitspolitik. Für fachliche Details kann ich natürlich auf Spezialisten zählen.

Als Direktor des Bereichs «Bevölkerungsschutz» des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) haben Sie es mit zahlreichen und recht unterschiedlichen Organisationseinheiten zu tun. Welche Dienststellen umfasst das BABS eigentlich?

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz – oder kurz BABS – ist entstanden aus dem Labor Spiez, der Nationalen Alarmzentrale, den wesentlichen Teilen des Bundesamtes für



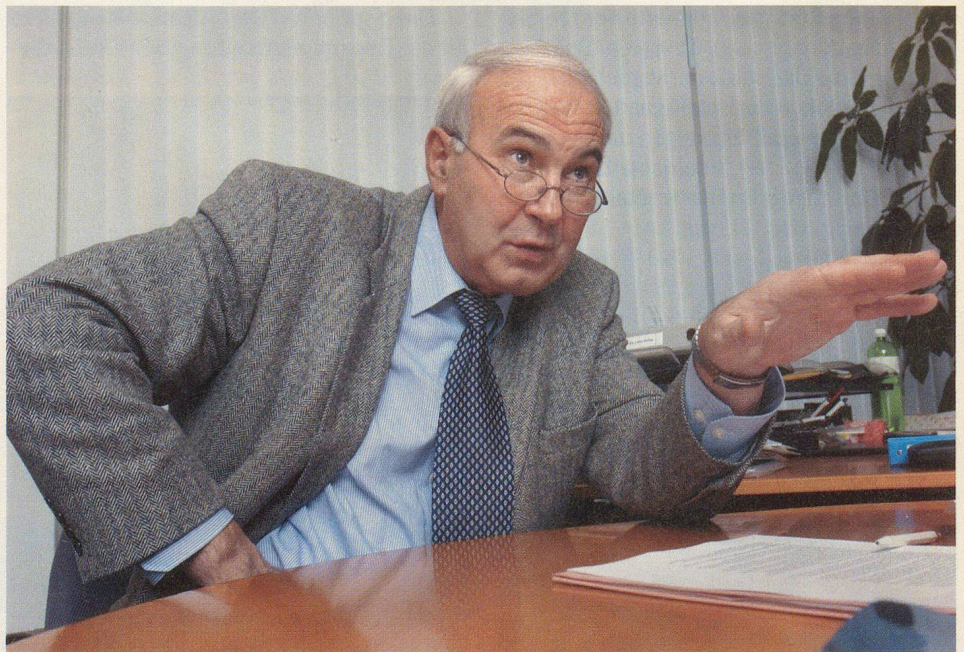
Zivilschutz und dem Stab Bundesrat Abteilung Presse und Funkspruch. Bisher waren die Nationale Alarmzentrale und der Stab Bundesrat Abteilung Presse und Funkspruch dem Generalsekretariat des VBS zugeordnet, der zivile Teil des Labors Spiez gehörte zur Gruppe Rüstung und das Bundesamt für Zivilschutz war direkt dem Departementschef unterstellt.

Was diese Organisationseinheiten schon vor der Zusammenführung verbunden hat, ist, dass sie zentrale zivile VBS-Elemente zum Schutz der Bevölkerung sind. Auch wenn sie erst seit kurzem im gleichen Amt zusammengefasst sind, besteht schon lange eine gute

Zusammenarbeit – die jetzt noch vereinfacht und intensiviert werden kann. Seit Anfang 2003 besteht nun das BABS aus den Organisationseinheiten Konzeption und Koordination, Labor Spiez, Nationale Alarmzentrale, Stab Bundesrat Abteilung Presse und Funkspruch, Ausbildung und Schutzinfrastruktur. Hinzu kommen die Zentralen Dienste.

Welches waren die eigentlichen Gründe für diese Reorganisation?

Die Bildung des BABS hängt unter anderem mit der Absicht zusammen, das VBS zu



ACTION IM GESPRÄCH MIT WILLI SCHOLL, DIREKTOR DES NEUEN BUNDESAMTES FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

«Die Reform ist die richtige Antwort»

einem Mehrthemen-Departement zu machen. Dies als Folge des gewandelten sicherheitspolitischen Umfeldes. Die zivilen Elemente werden gebündelt und damit gestärkt. Mit dieser Reorganisation beabsichtigen wir insbesondere, die Kantone und Einsatzorganisationen im Ereignisfall noch effizienter unterstützen zu können. Es war im Projekt Bevölkerungsschutz auch klar geäussertes Wunsch der Kantone, auf Stufe Bund für alle Lagen einen Ansprechpartner zu haben.

Gegen das neue Gesetz wurde das Referendum «für einen wirkungsvollen Zivilschutz» ergriffen. Dieses ist zustande gekommen. Hat man mit wichtigen Teilen der Reform (Stichworte: Bestandesreduktionen, Kantonalisierung usw.) den Bogen überspannt?

Nein! Die Bevölkerungsschutzreform, die ja auch eine Zivilschutzreform ist, ist die richtige Antwort auf die heutigen Herausforderungen, und sie muss möglichst schnell umgesetzt werden. Der Bundesrat, das Parlament und die Kantone wollen einen starken und vor allem effizienten Bevölkerungsschutz; der Zivilschutz hat darin als eine von fünf Partnerorganisationen seine Aufgaben zu erfüllen. Ich bin der festen Überzeugung, dass auch das Stimmvolk die Notwendigkeit und Richtigkeit der Reform erkennen und seine Zustimmung geben wird.

Zu den Bestandesreduktionen: Sie bereiteten zu Beginn des Projekts da und dort Sorgen. Eine Untersuchung der Projektorganisation in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kantonen, insbesondere auch mit Bergkantonen, hat dann aber ergeben, dass die Zivilschutzbestände ausreichen. Die Kantone haben zudem einen grösseren Handlungsspielraum und erweiterte Kompetenzen gefordert. Da die Kantone – und nicht der Bund – grundsätzlich für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen zuständig sind, ist es konsequent, wenn sie auch die Verantwortung für die Einsatzmittel erhalten. Die Kantone können nun ihren Bevölkerungsschutz, inklusive Zivilschutz, den kantonalen und regionalen Erfordernissen gemäss gestalten.

Das im Oktober 2002 vom Parlament verabschiedete Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (BZG) tritt am 1. Januar 2004 in Kraft – sofern Bürgerinnen und Bürger in der Volksabstimmung Ja dazu sagen. Dann steht die Umsetzung an, und diese ist ein anspruchsvolles und zeitaufwendiges Unterfangen. Glauben Sie, die Vorbereitungen dazu bis Ende des

laufenden Jahres weit genug vorantreiben zu können?

Davon bin ich überzeugt. Die Projektorganisation Bevölkerungsschutz hat zur Unterstützung der Kantone unter anderem auch einen Umsetzungsleitfaden bereitgestellt. Wie ich an einer Tagung der kantonalen Projektverantwortlichen Ende letzten Jahres feststellen konnte, ist die Vorbereitung in den Kantonen in vollem Gang. Dass auch der Bund seine Aufgaben im Bevölkerungsschutz effizient erfüllen will, zeigt gerade die erwähnte Reorganisation innerhalb des VBS. Der Bund wird die Kantone und Einsatzorganisationen auch künftig unterstützen.

Man hört da und dort auch den Vorwurf, der Zivilschutz werde im neuen Verbundsystem «Bevölkerungsschutz» aus seiner Verbundenheit mit der Gemeinde und deren Bevölkerung herausgerissen. Was sagen Sie dazu?

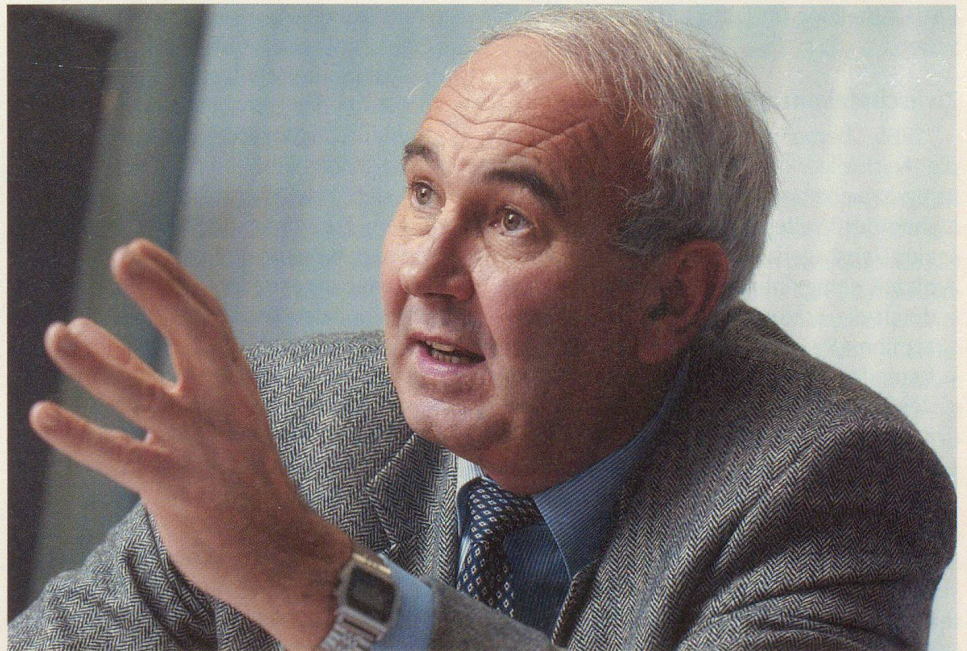
Der Zivilschutz ist weiterhin primär in der Region, in der Gemeinde organisiert, wo man die Örtlichkeiten und die Gefährdungen kennt. So lässt sich die jeweilige Struktur des Zivilschutzes auf die regionalen Bedürfnisse abstimmen. Das Prinzip der interregionalen und interkantonalen Hilfe tut dem keinen Abbruch. Die von Ihnen erwähnte lokale Verbundenheit ist weiterhin durchaus erwünscht, darf aber nicht zum Selbstzweck werden; der Zivilschutz hat primär ein effizientes Element zum Schutz der Bevölkerung zu sein.

Vielerorts ist immer noch zu wenig bekannt, wie man sich den neuen Zivilschutz vorzustellen hat und was alles hinter dem künftigen Bevölkerungsschutz steckt. Information tut offensichtlich weiterhin Not. Welche Massnahmen sehen Sie vor, um Öffentlichkeit und Medien das komplexe neue Verbundsystem noch besser begreifbar zu machen?

Die Projektorganisation hat mittels Medienmitteilungen und Medienkonferenzen, Vorträgen an unterschiedlichsten Anlässen, Artikeln nicht nur in der Fachpresse, einer eigenen Internet-Website und eines projektbegleitenden, breit gestreuten Newsletters laufend und eingehend über die Reformziele und den Reformstand informiert. Ich danke dem SZSV, dass er dabei – nicht zuletzt mit seiner Verbandszeitschrift – mitgeholfen hat. Zudem orientieren auch die Kantone über ihre Reformen.

Natürlich gilt es weiterhin, auf allen Ebenen und zielgruppengerecht zu informieren. Wir haben dazu eine ganze Palette von Informationsunterlagen wie Videos, Broschüren, Prospekte, Internetauftritt vorbereitet. Bei der heutigen Informationsflut ist es allerdings schwierig, bis zur Bevölkerung durchzudringen. Die Volksabstimmung gibt uns Gelegenheit, der Öffentlichkeit die Ideen und den Sinn der Bevölkerungsschutzreform nochmals breit darzulegen.

Vielen Dank, Herr Scholl, für das interessante Gespräch. □



auf die heutigen Herausforderungen»